

# Notizen

Neuer Präsident des Internationalen Katholischen Missionswerks *missio* (Aachen) wird der Franziskaner Hermann Schalück (58). Er folgt dem Freiburger Diözesanpriester Dietmar Bader nach, der nur zwei Jahre als Präsident von *missio* amtierte und am 1. November 1997 die Leitung der Bischöflichen Studienstiftung Cusanuswerk übernommen hat. Pater Schalück war längere Zeit in der Leitung des Franziskanerordens tätig, zuletzt bis 1996 als „Generalminister“, wie der höchste Ordensobere in den zur franziskanischen Familie zählenden Ordensgemeinschaften genannt wird. Der Präsident von *missio* wird durch die römische Kongregation für die Glaubensverbreitung auf Vorschlag der Deutschen Bischofskonferenz ernannt. Die Bischofskonferenz hatte Schalück als einzigen Kandidaten vorgeschlagen.

Vor einem „Ausverkauf“ der Theologischen Fakultäten durch Streichung freierwerdender Lehrstühle haben die Teilnehmer des 17. Gesprächs zwischen Bischöfen und Theologen des deutschen Sprachraums gewarnt, das Anfang Dezember in Mainz stattfand. Die Theologischen Fakultäten würden in einem schleichenden Erosionsprozeß personell und finanziell ausgedünnt. Unter Spardruck stehen die Theologischen Fakultäten derzeit sowohl in Deutschland (vgl. HK, November 1997, 550 ff.) wie auch in Österreich und in der Schweiz. Die Gespräche zwischen Bischöfen und den Sprechern der Arbeitsgemeinschaften der theologischen Disziplinen gehen auf die Diskussion über die „Kölner Erklärung“ deutschsprachiger Theologen von Anfang 1989 zurück.

Auf heftige Kritik aus kirchlichen Kreisen stieß die Ende November getroffene Entscheidung des Bundestages über die Anschaffung von 180 der als „Eurofighter 2000“ bezeichneten Jagdflugzeuge. Die deutsche Sektion von *Pax Christi* verurteilte dabei besonders die mißbräuchliche Argumentation mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen. Anlässlich der Eröffnung der Aktion „Brot für die Welt“ 1997 sprach der Direktor des evangelischen Hilfswerkes, Hans-Otto Hahn, von Scham, nicht zuletzt gegenüber den Partnern in den Entwicklungsländern: Unvorstellbar hohe Summen würden in Deutschland und anderen Industrieländern für militärische Rüstung ausge-

geben, während gleichzeitig die staatliche Entwicklungshilfe zurückgefahren werde.

Mit großer Mehrheit hat die Synode der Moldenburgischen Landeskirche Ende des vergangenen Jahres Peter Krug zum neuem Bischof gewählt. Der 54jährige gebürtige Dresdner tritt damit die Nachfolge von Wilhelm Sievers an, der nach zwölfjähriger Amtszeit in Ruhestand geht. Seit 1995 vertritt Krug die Landeskirchen Lippe, Rheinland und Westfalen bei Landtag und Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Zuvor war er 15 Jahre lange Superintendent des Kirchenkreises Saarbrücken.

Für einen sozialen Pfeiler im vereinten Europa spricht sich die katholische Kirche Luxemburgs aus. In einer Stellungnahme des Pastoralrats der Erzdiözese Luxemburg heißt es, ein Europa, das der Sozialpolitik keine zentrale Stellung einräume, sei nicht überlebensfähig. Die Europäische Union könne nicht ohne eine Harmonisierung ihrer Steuerpolitik existieren, „welche die korrekte Besteuerung aller Profite auf dem Markt gleichermaßen einschließt“. Die Stellungnahme hält „Überlegungen zu einem garantierten Mindesteinkommen für jedermann in der Europäischen Union“ für unverzichtbar. Der Bau Europas beruhe zur Zeit zu sehr auf dem Druck von Interessengruppen. Deshalb gelte es, „gegenüber diesem wirtschaftlichen und finanziellen Europa eine feste und demokratische Gegenkraft“ zu schaffen.

Zum neuen Präsidenten der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), der die meisten nichtkatholischen Kirchen Europas angehören, wurde am 13. November 1997 der orthodoxe Metropolit Jeremias von Frankreich gewählt. Der 1935 geborene Metropolit folgt dem anglikanischen Domdekan John Arnold (Durham) als KEK-Präsident nach. Zu Stellvertretern des Präsidenten wählte das KEK-Zentralkomitee Pastorin Rut Rohrandt von der Nordelbischen Kirche und den französischen Reformierten Jean-Marc Prieur. In den Blick einer größeren Öffentlichkeit trat die KEK zuletzt mit der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz im Juni 1997 (vgl. HK, August 1997, 395), die sie zusammen mit dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen veranstaltete.

Venezuela sei ein reiches Land mit einem armen Volk, die Bevölkerungsmehrheit des krisengeschüttelten Staates, besonders auch die in diesem lebenden indianischen Völker, befinde sich in einer dramatischen Situation, beklagte der Bischof der venezolanischen Industriemetropole Ciudad Guayana, Ubaldo Santana, anlässlich der Eröffnung der *Adveniat*-Aktion 97, die den Schwerpunkt auf die Förderung kirchlicher Projekte in dem südamerikanischen Öl-Staat gelegt hatte. Besonders prangerte Santana die Korruption und eine „verschwendende Bürokratie“ an. Neben den gesunkenen Ölpreisen sei vor allem die enorme Auslandsverschuldung von rund 35 Milliarden US-Dollar verantwortlich für den Niedergang des Landes.

Als einen wichtigen Schritt nach vorn begrüßte nach Auskunft des Missions-Nachrichtendienstes „*Fides*“ die katholische Kirche in Kambodscha die von der Regierung des Landes zugesagte rechtliche Anerkennung sowie die ebenfalls angekündigten Erleichterungen für die Einreise ausländischer Missionare. Demnach erhalten das Apostolische Vikariat Pnomh Penh und die beiden Apostolischen Präfekturen Battambang und Kompong Cham den Status juristischer Personen. In Kambodscha arbeiten derzeit 30 ausländische Priester und 35 Ordensfrauen. In den 70er Jahren waren alle Missionare ausgewiesen worden.

In einem Brief an den Präsidenten der irakischen interkonfessionellen Bischofskonferenz, den chaldäischen Patriarchen Raphael Bidawid, unterstrich Ende November der Vorsitzende der US-amerikanischen Bischofskonferenz, Bischof Anthony M. Pilla von Cleveland, seine Solidarität mit der Kirche und dem leidenden Volk im Irak. Die Sanktionen der Vereinten Nationen sollten nicht das Leben und die Gesundheit unschuldiger Menschen zerstören. Unterdessen bestätigte der Pressesaal des Apostolischen Stuhls einen Brief des irakischen Präsidenten an Johannes Paul II. Saddam Hussein habe dem Papst für das Mitgefühl mit den Leiden des irakischen Volkes gedankt. Mehrfach hatte Johannes Paul II. in den vergangenen Wochen beklagt, unter Sanktionen und Embargos hätten immer die Schwächsten der betroffenen Länder zu leiden.